rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Nachwuchs von vorgestern

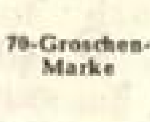


Wenn sich ein karrieresüchtiges Filmsternchen vor den Kameras entblättert, dann ist dies zwar kein künstlerisch wertvoller, zumeist aber doch wenigstens ein appetitlicher Anblick. Höchst unappetitlich wirkt hingegen ein publicitylüsterner ältlicher Politknabe, der sich — wenngleich nur geistig — entblößt. Falls Sie, lieber Leser, schon einmal das zweifelhafte Vergnügen hatten, während der Sendung „Hohes Haus" vor dem Fernsehschirm zu sitzen, dann wissen Sie ja, welch leckere Dinge so ein Parlamentarier zu bieten hat. Zuerst, als Vorspeis sozusagen, serviert er eine Portion brühwarmes Eigenlob. Dann kommen hartgesottene Widersprüche in einer Soße aus Phrasen, der aufgewärmte Kohl von vorgestern und der übliche Käse, und als Dessert gibt's so viele Gemeinplätzchen, daß einem der kalte Kaffee hochkommt.

Aber die Zubereitung massenmedialer Menüs genügt den politischen Köchen nicht mehr. Seitdem Gevatter Nixon jenseits des großen Teiches durch rührseliges Klaviergeklimper teils die Tränendrüsen, teils die Lachmuskeln reizt, seitdem steigen auch seine europäischen Jünger ganz groß in die Kleinkunst ein. Der westdeutsche Außenminister Scheel etwa fährt als Plattenstar seit Monaten „Hoch auf dem gelben Wagen", und so war es eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, wann auch diese neue Art der Popularitätshascherei den üblichen Weg aus den USA über Westdeutschland bis nach Österreich nehmen würde.

Nun wurde unlängst also beim Heurigen — na wo denn sonst? — ein Nachwuchssänger aus der Taufe gehoben: der 57jährige Gustav Zeillinger. Er, der bisher stets nur fotogen an seiner Pfeife nuckelte, bestieg in Weinlaune „zwa harbe Rappen" und beschwor „die alten Rittersleut". Weil's so schaurig-schön klang, deshalb transpirierte man den Geist des Weines wenige Tage später ins Studio, preßte ihn in Platten und warf ihn auf den Markt. Wenn Sie, lieber Leser, gern einen sogenannten Hungerbariton hören wollen (die Stimme des späten Sängerknaben „verhungert" bei den hohen und den tiefen Tönen), dann greifen Sie zu. Obwohl Rappen und Ritter politisch ziemlich farblos sind. Nachdem Zeillinger der FP angehört, hätten wir uns ja eher etwas Markiges erwartet, etwa ein paar Gstanzeln zum Badenweilermarsch oder wenigstens das Kennfarbenlied „Schwarzbraun ist die Haselnuß". Aber vielleicht übt der Herr Abgeordnete schon fleißig im heimeligen Badezimmer und beschert uns demnächst eine zweite Platte. ●

Drucksache



An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Postfach 3
1205 Wien



Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

An jedem Freitag ab 20 Uhr finden in unserem Lokal Diskussionen statt: Wien 20, Universumstraße 40. Gäste sind uns herzlich willkommen.

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Die supermächtige Firma Nixon & Breschnew hält die Welt für einen Spielball. Und wenn's einmal nicht mit Gewalt geht, dann schickt sie ihre diversen Kissingers aus, die die Sache „richten" sollen (siehe Seite 7).

Nummer 46 · Mai 1974

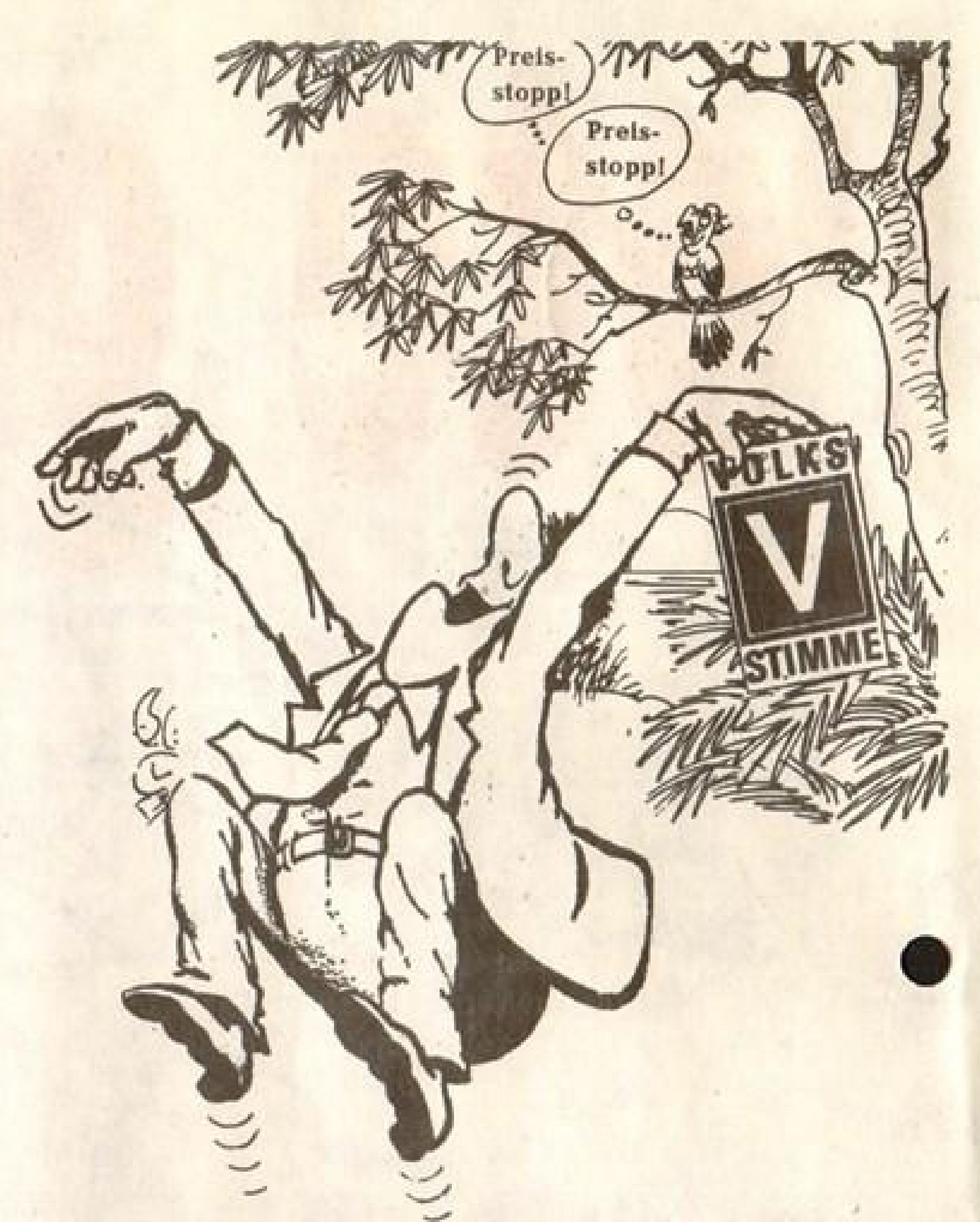
Viel Jubel um nichts

Die "Volksstimme" jubelt! Die arbeiterverräterischen Führer der "K"PÖ verzeichnen wieder einmal einen Erfolg."Preisstop ist möglich" nennen sie ihren Leitartikel in der "VS" am 5.4.74. Darin beziehen sie sich auf die Ankündigung Kreiskys,"er werde demnächst dem Parlament ein Gesetz vorlegen, das der Regierung die Möglichkeit bieten soll, auch einen Preisstop zu verfügen". Und sie beziehen sich weiter auf ein Interview, das Gewerkschaftsboß Benya der "Kronenzeitung" am 4.April gegeben hat und in dem dieser sich zumindest für einen "selektiven Preisstop" ausspricht.

"Warum erst heute und warum nicht schon längst?" fragen die betrügerischen Führer der "K"PÖ und fordern die Arbeiter zum Kampf auf, weil das "Kreisky-Team...diesen Schritt nur dann setzen" wird,"wenn es den Druck aus der Bevölkerung spürt.

Die "K"PÖ fordert also zum "Druck" auf, zur Durchsetzung eines "Preisstopps". Die Arbeiterverräter am Höchstädtplatz beweisen damit, daß sie durchaus in der Lage sind, den Grad ihrer arbeiterfeindlichen Politik noch mehr zu steigern.

Was steckt denn hinter dem Preisstoppgeschrei, das jetzt angestimmt wird? Einerseits ist es ein Betrugsmanöver, das die Arbeiter vom Kampf um Lohnerhöhungen ablenken soll, andererseits ist es die Vorbereitung auf eine andere Art kapitalistischer Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Profite auf Kosten der arbeitenden Menschen: Der "Deflationspolitik", mittels derer die Arbeiter nicht durch ständig steigende Preise - wie jetzt -, sondern durch direkten Lohndruck und steigende Arbeitslosigkeit ausgebeutet werden. Und es ist ganz klar, daß ein Preisstopp auch einen Lohnstopp zur Folge haben wird, auch wenn Benya das vorerst als "nicht unbedingt notwendig" bezeichnet. Denn logischerweise werden die Unternehmer auch "Gegenleistungen" verlangen. Beim "Verständnis", das SPÖ- und Gewerkschaftsbonzen noch immer für die Wirtschaft aufgebracht haben, wird ein Lohnstopp auch "zugebilligt" werden müssen. Wir spintisieren mit dieser Ansicht nicht irgendwie herum: Aus Kapitalistenkreisen - sowohl der SPÖ als auch der ÖVP - wird immer mehr die Durchführung einer "Deflationspolitik" in Erwägung gezogen. Das Wesen einer solchen Politik haben die arbeitenden Menschen in der Zwischenkriegszeit kennengelernt und haben sie auch noch aus der Zeit der Lohn- und Preispakte nach dem Krieg in guter Erinnerung.



Was die "K"PÖ-Führung da den arbeitenden Menschen einreden will, ist die Illusion, daß der Kapitalismus auch anders sein könne als nur nach Höchstprofiten strebend - wenn es nur entsprechende "Gesetze" gäbe. Auch darauf wird ja in erwähntem Artikel hingewiesen. Aber das Wesen des Kapitalismus läßt sich nicht ändern, es strebt nach Höchstprofit. Ob mit Inflations- oder Deflationspolitik; und immer auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Mit derlei Erfolgsgeschrei wie "Preisstopp ist möglich", erfüllen die "K"PÖ-Führer nur ihre Rolle als "Linksaußen" im kapitalistischen Betrugssystem. Dieses Geschrei soll die Arbeiter am richtigen und entschiedenen Kampf hindern. Zum Glück gehen die arbeitenden Menschen dieser Demagogie nur in ganz geringem Maße auf den Leim. Es fragt sich nur, wie lange da die ehrlichen Mitglieder der "K"PÖ noch mitspielen wollen. 1950 wurden sie ja noch als "Putschisten" bezeichnet, weil sie Schulter an Schulter mit sozialistischen und parteilosen Arbeitern im Kampf gestanden sind. Unter anderem auch gegen die Phrase vom "Preisstopp". ●

Daß die "Ölkrise" von den multinationalen Monopolen künstlich erzeugt wurde, das ist heute schon jedem klar. Doch die Krise rund um die Energie ist keineswegs überwunden. Bis auf den heutigen Tag geistert das Gespenst von der weltweiten Energie- und Rohstoffknappheit durch die bürgerlichen Massenmedien. Wenn es so weitergeht, heißt es in diversen Meldungen, werde die Menschheit bis zum Jahr 2000 bar jeder Rohstoffe und Energie sein.



Sind Energie und Rohstoffe wirklich knapp?

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das ist keineswegs der Fall. In der ganzen Welt gibt es unerschlossene Energie- und Rohstoffquellen in Hülle und Fülle. Die sogenannte "Energiekrise" ist nur dem äußeren Anschein nach eine Frage mangelnder Energie- und Rohstoffreserven. Tatsächlich ist sie ein Symptom der allgemeinen Krise des Kapitalismus, ein Ausdruck des sterbenden und bei lebendigem Leib verfaulenden Kapitalismus. Die Energiekrise ist zugleich ein Resultat der Verschärfung der Widersprüche des imperialistischen Systems sowie des Ringens der beiden imperialistischen Supermächte USA und Rußland um die Weltherrschaft.

Das Um und Auf des kapitalistischen Systems ist der Profit, es "ist Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei das absolute Gesetz dieser Produktionsweise" ("Das Kapital"). Stalin hat das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus folgendermaßen formuliert: "Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dient."

So denken auch die Kapitalisten bei der Erschließung von Energiequellen nicht daran, diese rationell zu nutzen, sondern wie sie ein Maximum an Profit erreichen können. Ein Beispiel, wie die Ab- bzw. Zunahme verschiedener Energieformen von deren Rentabilität abhängt, ist die Kohlenförderung. Während früher die Kohle der Energieträger war, sind heute in den meisten kapitalistischen Ländern die Kohlengruben zum größten Teil aufgelassen. Nicht etwa, weil es keine Kohle mehr gäbe, sondern weil für die Monopolkapitalisten die Erdölförderung gewinnbringender ist. Und auch hier intensivierten die Imperialisten nicht die Förderung im eigenen Land, sondern die Plünderung der reichen Erdölvorkommen in der "Dritten Welt", besonders in den arabischen Ländern.

Kapitalismus ist Vergeudung

Kapitalismus bedeutet Vergeudung. So werden auch Energieträger und Rohstoffe sowie Produkte aller Art verschwendet. Der Grund liegt darin, daß nur um des Profits willen produziert wird. Das macht es unmöglich, die Reserven planmäßig zu nutzen. Und die Anarchie der kapitalistischen Produktion und die daraus entspringenden Krisen tragen noch mehr zur Vergeudung bei. Geht der Gewinn zurück, stockt gar der Absatz, so vernichten die Monopolkapitalisten Millionenwerte, um die Preise wieder hinaufzutreiben. Bekannt sind ja die Fälle, in denen zigtausende Tonnen Getreide "denaturiert" wurden, in denen Gemüse in Unmengen vernichtet wurde, oder gar, wie vor einigen Jahren in Australien Millionen Schafe abgeschlachtet wurden, weil die Wolle nicht mehr anzubringen war.

Eine ähnlich gewaltige Vergeudung geht auch mit dem Erdöl und mit der Energie im allgemeinen vor sich. Von der Neonreklame bis zum Auto wird Energie sinnlos vergeudet. Die von den Kapitalisten geförderte Produktion von schlechten, kurzlebigen

Konsumgütern macht die Verschwendung noch gravierender. Dazu kommt noch der Raubbau bei der Nutzung der Energiequellen. Um noch schneller Profite machen zu können, gehen die Monopolkapitalisten mit einer derartigen Rücksichtslosigkeit vor, daß eine große Zahl von Energievorkommen sinnlos zerstört wird. Durch wahlloses Bohren wurden z. B. in den Vereinigten Staaten zahlreiche Erdölformationen zerstört. Durch zu schnelles Fördern senkte sich der Druck derart, daß das Öl nicht mehr hochgebracht werden kann. Die Ölgewinnungsrate in den USA wird so auf 33 Prozent geschätzt, das heißt für jede Tonne Öl bleibt doppelt soviel für immer im Boden!

Die "Militarisierung der Volkswirtschaft" verstärkt die Verschwendung von Energie noch mehr. Das ungezügelte Wettrüsten und die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Supermächte verschärft die "Energiekrise" noch mehr.

Imperialismus heißt Aggression und Plünderung. Die Imperialisten lassen ihre heimischen Rohstoffe und Energiequellen ungenutzt und stürzen sich auf die viel profitableren Energievorkommen der Dritten Welt. So ist der Nahe Osten schon seit langem Brennpunkt der imperialistischen Rivalität. Heute ringen der amerikanische und der russische Imperialismus um die Herrschaft im Nahen Osten. Zugleich haben sie beide die israelische Aggressionspolitik unterstützt und den arabischen Völkern den Zustand von "weder Krieg noch Frieden" aufgezwungen.

Aber es ist klar, daß die arabischen Völker der Politik der beiden Supermächte nicht tatenlos zusehen. Im Oktober-Krieg haben sie entschlossen gegen die israelischen Zionisten gekämpft und danach haben sie ihre Ölvorkommen als politische Waffe eingesetzt. Es ist heute so, daß sich die Widersprüche zwischen den arabischen Völkern und den Supermächten immer mehr zuspitzen. Zugleich wird auch die Rivalität unter den beiden imperialistischen Oberherren immer größer.

Und so ist es auf der ganzen Welt. Die Völker lassen sich die Plünderung ihrer Reichtümer durch den Imperialismus nicht länger gefallen. Deshalb kämpfen sie in verschiedenen Formen gegen die imperialistische Ausplünderungspolitik und gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution - das ist zu einer mächtigen historischen Strömung geworden, die

sich trotz mancher Windungen und Wendungen durchsetzt.

Kein Wunder, daß die Vereinigten Staaten und Rußland in großer Verwirrung sind und daß sich auch ihre Rivalität untereinander immer mehr zuspitzt.

Die Krise des Kapitalismus

Während der Ölkrise wurde die Abhängigkeit der kapitalistischen Länder von den Ölreichtümern der ausgebeuteten Länder der Dritten Welt offenkundig. Es wurde klar, daß die Imperialisten und Sozialimperialisten ohne die Ausplünderung der Entwicklungsländer keinen einzigen Tag überleben könnten. Die "Energiekrise" ist in der Tat eine Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems. Jahrzehntelang haben die Imperialisten in aller Welt die Energieressourcen geplündert und in ihrer Profitgier vergeudet. Wenn sich die Völker heute dagegen immer mehr zur Wehr setzen, so ist das tatsächlich eine Krise für die Imperialisten. Und weil sie nicht mehr so plündern können, wie sie wollen, schreien sie vom Weltuntergang, von der Erschöpfung der Energie- und Rohstoffvorkommen. Vor dem Untergang stehen aber nur sie selber und ihr verfaulendes Gesellschaftssystem.

Die Menschheit hat in ihrer Entwicklung immer wieder neue Formen der Energie und neue Energiequellen gefunden. Darum werden die arbeitenden Menschen unter ihrer Herrschaft auch ein neues Kapitel in der Geschichte der Erschließung und Nutzbarmachung von Energiequellen schreiben. Es gibt aber kein Mittel, den Kapitalismus vor seinem Untergang zu retten. Dieses menschenmordende und verfaulende System muß vernichtet werden! ●



Ein grotesker Fall: Asyl für Häfenbrüder, aber autoritäre Strenge gegenüber echten politischen Flüchtlingen.

Kriminell müßte man sein

Daß Österreich von geeichten Demokraten regiert wird, das weiß wohl jeder Kronen-Zeitungs-Leser. Und daß diese Demokraten selbstlos und rasch jedem Verfolgten helfen, das ist schon seit 1956 bekannt. Damals schwammen im Flüchtlingsstrom auch die großen und die kleinen Fische aus den von der ungarischen Konterrevolution geöffneten Zuchthäusern ins gastliche Österreich. Einer der großen Fische, Seine Durchlaucht der Fürst Esterházy, erhielt sofort wieder alle seine österreichischen Güter und seinen Grundbesitz und verjagte dankbar die vielen burgenländischen Pächter von seinem Grund und Boden. Die kleinen Fische wiederum statteten ihren Dank ab, indem sie sich erfolgreich in die Wiener Unterwelt eingliederten. Sie alle aber, ob großer oder kleiner Zuchthäusler, erhielten politisches Asyl.

Mit den chilenischen Flüchtlingen dagegen hatten unsere Demokraten sichtlich weniger Freude. Als nämlich im Herbst '73 das chilenische Militär Arbeiter und Studenten jagte, da sperrte der österreichische Botschafter in Santiago die Tür fest zu und ließ die Verfolgten auf der Straße verbluten. Ja, wenn es sich um flüchtige Kriminelle gehandelt hätte, da wären sie vielleicht nach Wien importiert worden, um hier einen etwa drohenden Engpaß an Zuhältern, Baugrundspekulanten und Polizeispitzeln beseitigen zu helfen; aber es handelte sich eben nur um Marxisten, und sowas kann man im Sozialpartnerstaat begreiflicherweise nicht brauchen. Spät, sehr spät entdeckten die Herren Demokraten dann doch noch einen Rest von Menschlichkeit und beschlossen, gezählten 200 Chilenen in Österreich Asyl zu gewähren. Wobei die Betroffenen jedoch erklären müssen, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten. „Schriftlich, versteht sich", wie Innenminister Rösch süffisant versichert. Na, logisch. Rösch, der Haudegen aus dem Dritten Reich, hat ja lang genug den Rock des Führers getragen, um zu wissen, wie man mit Fremden und Marxisten umgeht. Deshalb schickte er auch extra noch zwei Beamte nach Chile, welche die Asylwerber zu prüfen und zu sieben hatten. Prompt blieben bei der sowohl engmaschigen als auch -herzigen Siebung 26 Chilenen hängen; ihnen wurde das Asyl verweigert, weil sie „aktive Widerstandskämpfer" waren. Das heißt, sie hatten im Herbst '73 dasselbe getan wie österreichische Schutzbündler im Februar '34: sie hatten den Faschisten Widerstand geleistet. Wobei zu bemerken wäre, daß die Regierung Kreisky eben erst Krokodilstränen über das Schicksal der verratenen Schutzbündler fließen ließ, daß sie gleichzeitig jedoch die Asylverweigerung als „Ausdruck großer politischer Verantwortung" pries. Denn die guten Beziehungen zu den Mördern der chilenischen Demokratie sind den Herren Berufsdemokraten natürlich wichtiger als alles andere. Aber von einer Regierung, die sich zwar einerseits demokratisch und sogar sozialistisch nennt und in der anderseits ein paar ehemalige Nazis sitzen — von einer solchen Regierung kann man wohl nichts anderes erwarten. ●

Lärm ist gesund

Die Diagnose des Dr. Hillmann

Akkordhetze, Überstunden und lärmende Maschinen ruinieren Nerven und Gesundheit von Arbeiterinnen und Arbeitern. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft zählt für die herrschende Klasse nur der Profit. Die Kapitalisten wollen aus den arbeitenden Menschen so viel wie nur möglich herausholen. Schutzmaßnahmen z.B. gegen Maschinenlärm unterbleiben oder sind mangelhaft. Die Gesundheit der Arbeitenden ist

den Unternehmern egal. Denn diese zu schützen kostet Geld.

Bis zu welcher Kaltschnäuzigkeit sich die von den Kapitalisten abhängige Presse versteigen kann, das zeigte im "Kurier" ein Artikel des "Dr. Hillmann". Er trägt den Titel "Manche brauchen Lärm". Der Schreiber stellt darin fest, daß ja der Lärm gut sei, denn: "Lärm, den man selbst erzeugt, empfindet man als angenehm. ... Der Lärm laufender Maschinen gibt den an ihnen beschäftigten Arbeitern das Gefühl von Sicherheit und erhöht das Selbstbewußtsein." Und als echter "Kenner" weiß der Schreiberling mitzuteilen, daß sich "unzählige Beispiele dieser Art" anführen lassen, die beweisen, daß Lärm "keineswegs immer als Streß gewertet werden darf."

Stille sei dagegen schlecht, schreibt der "Dr. Hillmann", denn bei Stille treten Existenzangst und Depressionen zutage. Um das zu vermeiden, braucht man Lärm. Allerdings, meint der "Dr.", solle man nicht "mehr Lärm erzeugen als tatsächlich benötigt" wird. Als echter "Menschenfreund" empfiehlt Hillmann noch zum Schluß, man solle immer bedenken, daß Lärmlosigkeit noch schädlicher als Lärm sei.

Das alles ist kein Scherz. Es steht wirklich im "Kurier" vom 14.4. Nun, die Presse gehört den Reichen und dient ihnen. Mittels ihrer Presse betrügen und belügen sie die arbeitenden Menschen. Und - wie der "Hillmann"-Artikel zeigt - wollen sie sich auch noch über uns lustig machen. ●

Sein Name ist Hase



Eine Anzahl von Firmen des Bank- und Versicherungswesens, darunter der Gewerkschaftsbank BAWAG, sowie die Waschmittelbranche haben Absprachen getroffen, denen zufolge ein Stellenwechsel von Angestellten von einer dieser Firmen zur anderen nur im gegenseitigen Einvernehmen der betroffenen Unternehmen möglich ist. Das stand vor Wochen in der "Volksstimme" zu lesen. In der Aprilnummer des Organs der Gewerkschaft der Privatangestellten hat nun der Privatangestellten-Zentralsekretär Dallinger nach dem Motte "Mein Name ist Hase und ich weiß von nichts" festgestellt, wenn es solche Übereinkommen gäbe - er nannte sie "Versklavung in modifizierter Form" -, dann werde sich die Gewerkschaft zur Wehr setzen. D.h. kurz gesagt: Die Gewerkschaft wird nichts unternehmen.

Darüber regt sich nun die Volksstimme auf und meint, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiter an die Kapitalisten verraten. Das stimmt. Aber wenn die "Volksstimme" das weiß, warum hat sie dann in einem der ersten Artikel über die Geheimabsprachen den Angestellten dieser Firmen empfohlen, "im Einvernehmen mit der Gewerkschaft" gegen diese Praktiken anzukämpfen, d.h. im Einvernehmen mit den bürgerlichen Gewerkschaftsbonzen, die nie im Leben daran denken, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten? Denn sie sind ja selber Nutznießer und Handlanger der Kapitalistenklasse.

Es ist bei der "K"PÖ immer das gleiche Lied. Die arbeitenden Menschen sollen sich nicht auf ihre Interessen und auf die eigene Kraft besinnen, sie sollen nicht ohne und gegen die ÖGB-Bonzen selbständige Kämpfe für ihre gerechten Anliegen organisieren. Statt dessen schickt sie die "K"PÖ zu den Gewerkschaftsführern, damit sie sich bei diesen beschweren, Protestresolutionen überreichen, die in den Papierkorb wandern bzw. damit die Arbeiter - wie in diesem Fall - im "Einvernehmen" mit der Gewerkschaftsführung "kämpfen", d.h. damit sie sich den Bonzen unterordnen und sich alles widerstandslos gefallen lassen.

Wenn sich da die "K"PÖ-Führer den arbeitenden Menschen als "Alternative" anbieten und anbiedern, so zeigt ihre ganze Politik, daß sie keine wirkliche Alternative sind. Der Weg der "K"PÖ ist ein Weg in die Sackgasse. Die Revisionisten schimpfen auf die den Kapitalisten dienenden Gewerkschaftsführer, aber in ihrer Praxis predigen sie den Arbeitern die Unterordnung unter die Gewerkschaftsbonzen. So spielen die Revisionisten die Rolle des "Überdruckventils", um die unzufriedenen Arbeiter vom entschlossenen Kampf für ihre eigenen Interessen abzuhalten und abzulenken. Ihr Ziel ist es, auf Kosten der Arbeiter ihr eigenes Parteisüppchen zu kochen. ●

Damit die Völker ihr Schicksal nicht womöglich selber in die Hand nehmen, werden sie von den Machthabern bevormundet

»Der Kissinger wird's scho richten«



Die kapitalistischen Meinungsmacher wollen den arbeitenden Menschen einreden, daß sie auf die Geschehnisse der "großen Welt" der Politik sowieso keinen Einfluß hätten und daß sie sich darum nicht kümmern sollten. In der Weltpolitik, so wird uns gesagt, würden die beiden Supermächte eh den Frieden sichern und das Schicksal der Völker werde eben durch solche Leute wie Kissinger bestimmt, die in der ganzen Welt herumfliegen, um mit ihrem "Weitblick" alle Probleme zu lösen.

Nun, die Wirklichkeit sieht anders aus. Gerade heute zeigt es sich mehr denn je, daß die Völker ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und daß sie sich gegen die Ausplünderungs- und Bevormundungspolitik von USA und UdSSR wenden. Die beiden Supermächte befinden sich wirtschaftlich und politisch in schwerer Bedrängnis und suchen mit aller Gewalt nach einem Ausweg, wie sie ihre Weltherrschaftspläne doch noch verwirklichen können.

Für die USA heißt das, alles daranzusetzen, um den Konkurrenten Rußland nach Osten zu schicken, um es in einen Krieg mit China zu treiben, dem russischen Imperialismus jeden Einfluß auf den Nahen Osten zu nehmen, ihn in der Dritten Welt auszumanövrieren usw. Sie wollen also Rußland in eine Sackgasse bringen, aus der ihm nur ein Ausweg bleibt - der Krieg gegen das sozialistische China.

Eine derartige Politik ist nicht neu. Denn schon vor dem Zweiten Weltkrieg verfolgten die westlichen Imperialisten die Politik, Hitlerdeutschland gegen die damals noch sozialistische UdSSR zu hetzen. "Mögen sich beide verbluten", war die Devise dieser Politik.

Es ist bekannt, daß diese Politik ein gräßliches Fiasko erlitten hat. Und auch heute sehen wir, daß sich die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten immer mehr verschärfen. Die Sozialimperialisten sind völlig damit einverstanden, daß das sozialistische China niedergeschlagen werden muß, aber zuerst wollen sie ihren Rücken gegenüber den Vereinigten Staaten absichern. Das heißt aber Expansion nach Europa. Für den russischen Imperialismus ist das umso wichtiger, weil die neuen Kapitalisten der revisionistischen Länder des Ostblocks höchst unzuverlässige Verbundete sind und weil in den Ländern Westeuropas das Kapital zu finden ist, welches ihnen fehlt. Zugleich kann es sich Rußland nicht gefallen lassen, den Nahen Osten dem amerikanischen Imperialismus zu überlassen, denn sie brauchen die Reichtümer dieser Region wie ein Hungriger einen Bissen Brot. So wächst die Gefahr des imperialistischen Krieges - gerade im Nahen Osten und vor allem in Europa.

Wenn da die Packeleien der beiden Supermächte - "Abrüstungs"-, Truppenabbaugespräche und dgl. -, bei denen sie sich in Wirklichkeit nur gegenseitig übers Ohr hauen wollen und somit einen neuen Weltkrieg vorbereiten, als "Friedensgespräche" hingestellt werden, so ist das erstunken und erlogen.

Der Frieden kann nur gesichert werden, wenn man die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte bekämpft, wenn sich arbeitende Menschen dagegen wehren, in einen imperialistischen Krieg hineingezogen zu werden, und wenn sich die Völker gegen den Imperialismus erheben und ihn vernichten. Es ist ganz so, wie es in einem alten Arbeiterlied der zwanziger Jahre hieß: "Erst dann ist der Frieden nicht mehr gestört, wenn den Proleten die Welt gehört!" ●



Faschismus ist die gewaltsame Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse über die werktätige Bevölkerung. Er ist ein Ausdruck der Diktatur der kapitalistischen Minderheit über die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Eine andere Form dieser Diktatur ist heute die sogenannte "parlamentarische Demokratie". In ihr figurieren Parteien als "Vertreter von Interessengruppen". Je nachdem, was so eine Partei zu ihrem "Programm" erklärt und dann in der Praxis durchführt, soll der Wähler sich "für" oder "gegen" die durchgeführte Politik einer Partei zur "Wahrung seiner Interessen" aussprechen.

Von der Form der Demokratie als Ziel z.B. der Wahlrechtskämpfe usw. der erwachenden Arbeiterklasse, ist diese heutige "Demokratie" meilenweit entfernt. Denn alle derzeit existierenden Parteien führen eine Politik durch, die im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse liegt. Egal ob sie SPÖ, ÖVP, FPÖ, "K"PÖ oder sonstwie heißen. Denn die Arbeiterklasse muß sich erst wieder ihre eigene revolutionäre Partei schaffen.

Diese parlamentarische "Demokratie" ist nichts als ein großer Betrug, denn die durchgeführte Politik bleibt im Grunde unbeschadet der Wahlergebnisse gleich. Sie ist immer arbeiterfeindlich. Das durchschauen die werktätigen Massen immer mehr. Gleichzeitig verschärft sich auch die Krise des kapitalistischen Systems ständig, was zur Folge hat, daß die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Massen durch die Kapitalisten immer stärker werden und sich immer offener zeigen. Um die Arbeiterschaft an der Entfaltung des Klassenkampfs zu hindern, bereitet sich in solchen Situationen die Bourgeoisie auf die Anwendung von Gewalt vor. Damit diese aber "notwendig" erscheint, muß man "Schuldige" für alle Erscheinungen der kapitalistischen Mißwirtschaft wie Inflation, Arbeitslosigkeit, Antreiberei usw. finden.

Zu solchen "Schuldigen" wurden vor dem 2. Weltkrieg unter anderen "die Juden" gemacht. Und siehe da: Angesichts der jetzigen Krisenerscheinungen in Österreich ist die "Kronenzeitung" schon wieder auf "die Juden in Österreich" gekommen. Trotz aller vorgegebenen "Objektivität" steckt dabei nichts anderes als der Versuch zur Faschisierung der unzufriedenen Massen dahinter. Dieser Versuch darf auf keinen Fall bagatellisiert werden. Das herrschende Kapital hat ja auch schon "Tschuschen", "Katzelmacher", "Kameltreiber" usw. als Vorwand parat, um die Arbeiter zu spalten und gegeneinander auszuspielen und um gegen die klassenbewußten Arbeiter gewaltsam vorgehen zu können.

★

Der Antisemitismus ist ein Hauptmittel der reaktionären bürgerlichen Ideologie, die arbeitenden Menschen vom richtigen Kampf gegen das Kapital abzubringen. Wir werden demnächst die Frage des Antisemitismus und des Zionismus (beide sind ja zwei Seiten von ein und derselben Medaille) ausführlich behandeln. ●

Indien: Militär gegen Streikende

Trotz massiver Drohungen und Unterdrükkungsmaßnahmen durch Militär und Polizei kam es am 24. März zu einem Generalstreik im indischen Unionsstaat Bihar. Am 23. März hatte eine Massenversammlung in der Hauptstadt Patna dazu aufgerufen. Auf der Versammlung forderten Redner den sofortigen Abzug aller zur Unterdrückung der Massen nach Bihar entsandten Streitkräfte und erklärten, der Kampf gegen Lebensmittelknappheit, Arbeitslosigkeit, Korruption und enorme Preissteigerungen werde fortgesetzt.

Über Patna und andere Städte Bihars verhängten die reaktionären Behörden eine Ausgangssperre und schwerbewaffnete Soldaten patrouillierten in den Straßen. Zur Niederhaltung der Bevölkerung wurden über 60.000 Mann Militär und Polizei eingesetzt. Seit dem Beginn des Volkskampfes am 16. März wurden über zweitausend Menschen verhaftet. ●

Zweimal chinesischer Film in Österreich

„Die Minenschlacht"

Im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression (1937 - 1945) erdachte das chinesische Volk zahlreiche Methoden der Partisanenkriegführung hinter den feindlichen Linien, mit denen große Kräfte der Aggressoren in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und schließlich vernichtet werden konnten. Eine dieser Methoden war der Minenkrieg.

Ein Lehrfilm der Volksbefreiungsarmee, der diese Zeit behandelt, wurde unlängst in Wien gezeigt. Er lief am 18. 3. anläßlich der Viennale 1974.

Der Film "Die Minenschlacht" spielt in einem Partisanendorf im gebirgigen Norden Chinas. Die Bevölkerung ist entschlossen, den japanischen Soldaten Widerstand zu leisten, falls sie das Dorf, das nur wenige Kilometer von einem japanischen Stützpunkt entfernt liegt, überfallen sollten.

Die jungen Männer und die Mädchen des Dorfes gehören der Volksmiliz an. Sie stiften mit ihren Minen und Sprengladungen große Verwirrung unter den Besatzern. Doch der Vorrat an Minen und Sprengstoff ist begrenzt. Da kommt ein Mann in sein Heimatdorf zurück. Er ist jetzt Mitglied der Kommunistischen Partei und der antijapanischen 8. Armee und hat die Aufgabe, den bewaffneten Widerstand zu organisieren und anzuleiten.

Bald kommt die Diskussion auch auf die Minen. Die Bauern erkennen, daß man sich auf die eigene Kraft verlassen und die Sprengkörper selber herstellen muß. Und die Waffen und Munition muß man vom Feind erbeuten.



Volksmiliz im Einsatz als Sprengtrupps. Zeitgenössischer Holzschnitt, zugleich als Lehrbild gedacht

Wie aber sollen die Minen gemacht werden? Jetzt zeigt der Lehrfilm erst den ganzen Einfallsreichtum des Volkes und die zahlreichen Ideen, welche die Bauern haben. Überall im Dorf werden Versuche angestellt, von denen viele zum Erfolg führen. Die Dorfbewohner bauen und legen auch immer wirkungsvollere Minen. Sie lernen, wie Minendetektoren "getäuscht" werden können, wie für die japanischen Pioniere das Minenentschärfen zur tödli-

chen Angelegenheit gemacht werden kann, wie man den Feind in Minenfelder lockt usw. Zum Schluß werden die japanischen Truppen von den Dorfbewohnern in engem Zusammenwirken mit einer Einheit der 8. Armee vernichtend geschlagen.

Dieser Film zeigt deutlich die unüberwindliche Kraft des Volkskrieges. Und indem er die Grausamkeiten der imperialistischen Aggressoren anprangert, zeigt er zugleich, daß der Kampf der Bauern ein gerechter ist.

Der Volkskrieg, der revolutionäre Kampf der Volksmassen, so erkennt man, ist unbesiegbar, und wer immer auch China angreift, der wird im Feuer dieses Krieges untergehen.

„Feuerrote Jahre"

Vor einiger Zeit wurde im Neuen Institutsgebäude der Wiener Universität auf einer Veranstaltung der MLS der chinesische Film "Feuerrote Jahre" gespielt.

Dieser Streifen spielt in einem Schanghaier Stahlwerk. Man schreibt das Jahr 1962. Das revisionistisch entartete Rußland liefert statt legiertem Spezialstahl nur Walzstahlausschuß, der für den notwendigen Bau von Kriegsschiffen unbrauchbar ist. Schließlich stellt es die Lieferungen ganz ein. Auf diese Weise wollen die Sozialimperialisten das aufstrebende sozialistische China schwer treffen. Zu dieser Zeit brach Rußland hunderte von Verträgen und verhängte eine Wirtschaftsblockade über China, um es in die Knie zu zwingen.

Nun gibt es zwei Meinungen in der Fabrik. Eine Gruppe von Stahlschmelzern ist entschlossen, dem Aufruf Mao Tsetungs "Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft" zu folgen und den Spezialstahl aus einheimischem Material selber herzustellen. Ihre Anregung wird von der Partei unterstützt. Auf der resignierenden Seite steht der Direktor, der sich auf Importe verläßt und auf neue Lieferungen warten will.

Eine vom Revolutionär Dschao geleitete Gruppe von Stahlarbeitern ergreift aber die Initiative und faßt den Beschluß, den Stahl herzustellen, um die imperialistische Blockade zu zerschlagen.

Nach einer langen Diskussion "erlaubt" der Direktor die Experimente. Die Arbeiter führen nun Tag und Nacht Versuche durch. Ein Anhänger Tschiang Kai-scheks will die Experimente verhindern und bringt in die Beschickung des Hochofens Mineralien, welche die Schmelzhitze derart erhöhen, daß der Hochofen durchbrennt. Nur mit Mühe und dem mutigen Einsatz der Arbeiter kann verhindert werden, daß der Hochofen zerstört wird.

Der Direktor eilt herbei und läßt die Versuche einstellen, weil die Arbeiter "zu einem Erfolg nicht in der Lage" wären. Er enthebt den Gruppenleiter Dschao, dem er die Schuld an dem Unglück gibt, seines Postens. Doch die Arbeiter stellen sich geschlossen hinter ihren Leiter und sind gewillt, die Experimente weiterzuführen. Sie alle erkennen jetzt klar, daß die Herstellung des Spezialstahls nicht ein technisches Problem ist, sondern ein Ausdruck des Kampfs zwischen den zwei Linien: Zwischen der kämpferisch vorwärtsschreitenden und der revisionistischen, vor dem Imperialismus kapitulierenden.

Der Direktor versucht, die Initiative der Stahlarbeiter zu unterdrücken, verläßt sich blind auf verbürgerlichte Experten, die erklären, die Herstellung von Spezialstahl sei für die Arbeiter "viel zu kompliziert" und begeht so revisionistische Fehler. Die Arbeiter des Werkes verfassen nun eine Wandzeitung. "Der Direktor - so schreiben sie - hat sich von der Arbeiterklasse entfernt ... Wem dient er jetzt?"

Mit der Unterstützung des Parteisekretärs werden die Versuche wieder aufgenommen. Vor den neuerlichen Versuchen wird der Saboteur bei einem Sabotageversuch auf frischer Tat gefaßt.

Als der Fabriksdirektor schließlich im letzten Augenblick die Versuche abstellen will, kritisiert ihn der Gruppenleiter Dschao vor allen Arbeitern des Werks. Der Sozialismus kann nur im Vertrauen auf die eigene Kraft aufgebaut werden, sagt Dschao. Und er erinnert daran, daß Mao Tsetung bei einem Besuch der Fabrik besonders darauf hingewiesen hat, daß sie von den Arbeitern selber mit eigenen Mitteln ohne ausländische Hilfe erbaut worden ist. Die Kritik des Gruppenleiters öffnet dem Direktor schließlich die Augen und betroffen verläßt dieser die Werkshalle.

Die Versuche sind schließlich von Erfolg gekrönt und der Film zeigt am Ende ihren erfolgreichen Abschluß.

Dieser revolutionäre Film zeigt klar und verständlich den Klassenkampf, der auch in der sozialistischen Gesellschaft weiterbesteht. Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus kann nur siegreich sein, wenn die Revolution weitergeführt wird. Und es muß dagegen angekämpft werden, daß sich die Funktionäre des Volkes von den arbeitenden Menschen loslösen und zu neuen bürgerlichen Machthabern entarten. Denn gelangen solche Elemente zur Macht, so bedeutet das die Wiederherstellung des Kapitalismus.

Die proletarische Kulturrevolution in China hat den glänzenden Beweis erbracht, daß dies aber durch die Mobilisierung der Massen verhindert werden kann. Es ist also keineswegs so, daß die arbeitenden Menschen immer einflußlos sein werden und daß es immer "die da oben" geben muß, die das große "Sagen" haben. Freilich werden aber solche bürgerliche Elemente unter der Herrschaft der Arbeiterklasse immer wieder, bis zum endgültigen Sieg der klassenlosen Gesellschaft, hervortreten und nach der Macht streben. Deswegen ist eine Kulturrevolution allein nicht genug, sondern es werden sieben, zehn und noch mehr Kulturrevolutionen, es wird ein fortwährender Kampf von Generationen notwendig sein. Aber die arbeitenden Menschen sind imstande, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und wenn sie die Lehren des Marxismus-Leninismus beherzigen, so werden sie alle Versuche zur Wiederherstellung des Kapitalismus abschlagen.

Um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu sichern, ist es auch notwendig, die Funktionäre im Sinne der Arbeiterklasse und durch die Massen umzuerziehen, damit sie wirklich dem Volke dienen und damit sie, wenn sie Fehler gemacht haben, diese einsehen und - so wie der Direktor in "Feuerrote Jahre" - auf den Weg der Revolution zurückfinden.



Filmszene: Die Arbeiter fassen den Entschluß, den Spezialstahl selber herzustellen

Der chinesische Spielfilm ist ein Beispiel revolutionärer Kunst, die tatsächlich dem Volke von Nutzen ist. Jeden fortschrittlichen Menschen, der den Film auch verstehen wollte und der ehrlich der Arbeiterklasse dienen will, erfüllte der Film mit der Zuversicht, daß das Proletariat letzten Endes auf der ganzen Welt siegreich sein wird. ●